

## Stimmen von unten für Solidarität und Selbstorganisation im Nauwieser Viertel

### November 1993

# WECHSEL

### Einleitung

Die letzte Ausgabe der **STOFFWECHSEL** war gerade im Druck, als im Saarbrücker "Wochenspiegel" vom 5.8.93 ein Artikel erschien, der die "Sanierungsprogramme" für das Nauwieser Viertel, insbesondere die der sozialen Ausgrenzung, als Erfolge präsentierte. Unter der Überschrift: "Neues Nauwieser Viertel" bezog sich der Artikel auf die von der Stadtverwaltung durchgeführten Maßnahmen zum "Entzernen des Nauwieser Viertels" - so der Wochenspiegel wortwörtlich. Erwähnt wurden die Rodungen am Echelmeyerpark, Gerber- und Max-Ophüls-Platz, das Verdrängen der Junkies an den Rand des Viertels, die zweijährige Dauerrenovierung des Juz Försterstraße und das Abrasieren der Trinkbude am Nauwieser Platz. Das Fazit des Wochenspiegel: "Wenn das so weitergeht, mag also ein durchgestyltes und begrüntes Nauwieser Viertel schon bald kaum mehr wiederzuerkennen sein."

Wäre dieser Artikel die Meinung eines einzelnen Redakteurs des Wochenspiegels - wir bräuchten darauf nicht weiter einzugehen. Doch die Visionen eines "schönen, neuen Nauwieser Viertels" kommen direkt aus den Amtsstuben der Stadt. Darin tauchen Drogenabhängige, Wohnungslose und andere verarmte Menschen lediglich als sozialer Ballast auf. Folgerichtig werden sie in diesem Artikel als kriminell ("lichtscheues Publikum") und sozial lästig ("anstoßerregende Stammkundschaft") denunziert.

Eine Tendenz, die angesichts der wirtschaftlichen Krise noch zunehmen wird. In den bürgerlichen Parteien, in den Chefetagen der Konzerne und in Wirtschaftsforschungsinstituten wird die Diskussion um den "Wirtschaftsstandort Deutschland" forciert: "Rahmenbedingungen erheblich verändern", "Wirtschaftsstruktur umkrepeln", "Radikalkur" usw. Dahinter steckt ein groß angelegter Angriff von Oben, der Massenentlassungen und Lohnrückerei genauso beinhaltet, wie das Zusammenstreichen von sozialen Leistungen und das Zerschlagen erkämpfter Rechte. "Angesichts von Rezession und Zukunftsangst sagt z.B. der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Tyll Necker: «Die Menschen sind jetzt reif.» Er fordert den Abbau von Sozialleistungen. Man müsse die Krise nutzen, «um unsere gesamte Gesellschaft zu entschlacken.» (Stern 29/93). "Entschlacken", um das Bild biologisch-medizinisch weiterzudenken ist Ausscheldung, Auswitzen...

Der Tag der Deutschen Einheit wurde weder in den Gefängnissen gefeiert, noch in den Abschiebecontainern am Frankfurter Flughafen. Auch nicht auf dem Max-Ophüls-Platz. Viele von denen, die in Saarbrücken gegen die Feier protestierten, wurden von der Polizei eingekesselt und abgeräumt. Das ist Tyll Neckers Traum von der gesunden Volksgemeinschaft: Einheit durch Ausgrenzung.

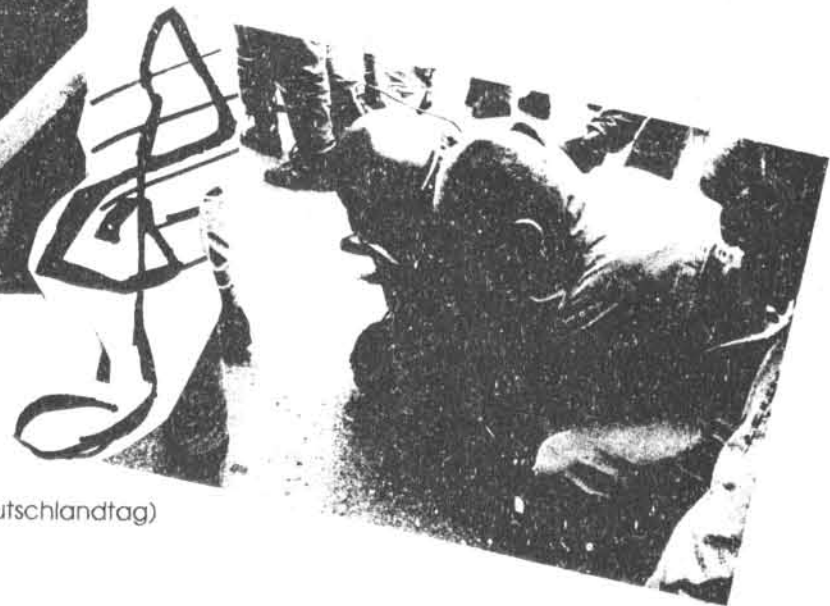
Der planmäßigen Vernichtung von Millionen Menschen während des Nazi-Faschismus ging eine Politik gesamtgesellschaftlicher "Modernisierung" voraus. Dazu gehörte das Zerschlagen und Internieren der linken Opposition genauso, wie die Diskriminierung und soziale Isolation von gesellschaftlichen Gruppen, die diesem Prozeß der wirtschaftlichen Umstrukturierung im Wege standen. "Arbeitscheue", "Gemeinschaftsuntüchtige" und "Volksschädlinge" nannte man die Leute damals.



*Gute Freunde kennen keine Grenzen  
wenn sie auch oft verschiedene Wege gehn.*



*Komm, gib mir deine Hand und laß uns  
ohne Haß gemeinsam miteinander leben.*



(Lied der saarländischen Polizei zum Deutschlandtag)

Wenn heute von "lichtscheuem Publikum", "anstoßerregender Stammkundschaft" oder in anderem Zusammenhang von "Sozialschmarotern" die Rede ist, so schließt sich für uns der Kreis: Es sind Zeichen der Zeit, wohin die gesellschaftliche Entwicklung durch eine rigorose Umstrukturierungs-Politik von Oben gehen soll, wenn sie nicht durch den vereinten Widerstand von Unten aufgehalten wird.

Die Redaktion

In dieser Ausgabe:

- Jugendzentrum Försterstraße
- Stimmen aus dem Viertel
- Protest und Widerstand gegen "Wiedervereinigungs"-Feier
- Reisebericht Kurdistan

**antifaschistisches antirassistisches NOTRUF TELEFON**

im Saarland

Tel.Nr.: 01 71 / 4 02 10 43

(Funktelefon. Deshalb von Überall mit Vorwahl wählen)

von Freitags 20.00 Uhr bis Sonntags 10.00 Uhr

Wer zum NOTRUFTELEFON noch Fragen oder Anregungen hat, sich beteiligen möchte oder uns von anderen Initiativen erzählen will, wendet sich bitte an: Antifaschistisches Plenum, jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr, im Deutsch-Ausländischen Jugendclub, Nauwieser Straße 19, 66111 Saarbrücken



## JUZ-Försterstraße - Nach der Besetzung

Vom 20. bis 28.7.93 hatten Jugendliche und Kinder das Juz Försterstraße besetzt. In der letzten STOFFWECHSEL war dazu ein Interview mit Edi Etringer, einem der von den Jugendlichen gewählten Sprecher. Das ist mittlerweile ca. 11 Wochen her, und wir haben uns noch einmal mit Edi getroffen, um etwas über die Ergebnisse der Besetzung und die Stimmung unter den Jugendlichen zu erfahren:

### F: Die Besetzung vom Juz ist jetzt ungefähr 11 Wochen her. Was hat sich seitdem getan?

♦ Von offizieller Seite her hieß es natürlich, daß die Besetzung nichts bringen wird. Jetzt im Nachhinein muß man sagen, sie hat doch etwas gebracht. Wir haben jetzt einen neuen Betreuer bekommen, und es werden voraussichtlich noch zwei neue im Laufe des Monats kommen. Vorgestellt haben sie sich schon.

Die Betreuer, die momentan im Juz arbeiten, das sind Rainer und Kerstin, der Spuli kam diese Woche erst dazu, aber Rainer und Kerstin haben sich wirklich reingekniet nach der Besetzung. Man merkt schon, daß die auch haben wollen, daß es in dem Haus wieder richtig losgeht, und daß anständige Arbeit geleistet wird. Ich denke, daß die beiden auf jeden Fall bereit sind dafür. Sie haben auch viel dafür getan, das muß man auch mal sagen an der Stelle.

Es ist auch gut, daß der Spuli jetzt angefangen hat. Der bringt Erfahrungen mit, die die beiden andern nicht haben. Er hat drei Jahre in St. Amal gearbeitet, das macht schon etwas aus. Er kennt den Juz-Betrieb, und ich denke mir, daß das eine gute Entscheidung war.

### F: Über die Forderung nach mehr Betreuern hinaus, was wurde aus den andern Forderungen?

♦ Aus der Gestaltung des Vorplatzes wurde nichts, das ist nämlich schon längst beschlossen, wer das macht. Der Herr Prell hat, soviel ich weiß, mit andern Leuten schon beschlossen, was dahin kommt. Das wird auf keinen Fall ein Platz für das Juz.

Nach der Besetzung wurden Gruppentage eingeführt. Das sieht so aus, daß die Gruppen, die vorher nicht so gut gelaufen sind, für die gibt es einen festen Tag. Das Haus ist dann aber geschlossen. So gehen die Leute in die Gruppen, weil sie das praktisch müssen. Wir haben lange darüber diskutiert. Es hieß, es sei eine Notlösung, bis die fünf Betreuer da wären, dann würde es wieder verändert. Wir wollen es ihnen mal glauben.

Was sich positiv verändert hat ist, daß verschiedene Gruppen ernster genommen werden. Samstags z.B. wird jetzt immer ein Programm angeboten, wo das Haus im Prinzip zu ist, die Leute aber immer was unternehmen. Das kann sein, Kegeln, ins Kino oder so. Das läuft ganz gut.

Zu der Forderung mit den Kindern ist es so, daß sich um die Kinder jetzt intensiver gekümmert wird. Die haben auch am Gruppentag eine Gruppe, wo wie wirklich betreut werden, und während der Woche ist es so, daß man mehr acht auf sie gibt.

Das Einzige, worauf sie gar nicht eingegangen, sind die Honorarkräfte. Da wird halt argumentiert, wenn es in Zukunft fünf Sozialarbeiter gibt, ist für jede Gruppe gesorgt.

### F: Dadurch, daß das Haus öfter zu ist, ist das nicht zum Nachteil für die, die einfach mal so vorbeikommen wollen?

♦ Richtig, das ist momentan ein großes Problem. Wir sind auch alle mehr oder weniger dagegen, und sagen, wir müssen so schnell wie möglich wieder einen offenen Betrieb machen. Nur wird so argumentiert, daß es erst drei Betreuer gibt, und wenn es fünf gibt, wird der Betrieb nochmal offener. Und das dann jeden Tag. Ich hoffe, daß das bis spätestens nächstes Jahr wieder so ist, wie es war bzw. daß von den Betreuern dann auch Gruppen gemacht werden, ohne daß die Leute reingezwungen werden.

### F: Wie ist denn die Stimmung unter den Jugendlichen?

♦ Es ist so, daß viele gesagt haben, "hätten wir besser nicht besetzt". Weil wir kurz nach der Besetzung nur Nachteile durch die Besetzung hatten. Mittlerweile tendiert es dazu, daß ein gewisser Erfolg zu sehen ist. Wir hätten die Betreuer, die jetzt bei uns anfangen, nicht, wenn wir nicht besetzt hätten. Wir hätten die zwar weiterhin auf dem Papier, aber die wären nicht da. Von daher denke ich, die meisten sehen das schon, daß das was gebracht hat. Es gibt auch negative Stimmen, die aber schon bei der Besetzung negativ waren. Im Großen und Ganzen ist die Stimmung ganz gut. Ich denke, wir werden bißchen ernster genommen.

### F: Was wurde aus der Sache mit den 3.000 Mark, die ihr für die angeblich bei der Besetzung beschädigte Einrichtung bezahlen solltet?

♦ Da hat sich die Stadt nicht mehr gemeldet. Also das war so, daß wir dem Burkhard (für die Jugendpolitik beim Stadtverband zuständig, Red.) angeblich mündlich zugesagt hatten, daß wir für alle Schäden aufkommen, daß wir die bezahlen. Ich seh das anders. Es hat sich seither auch niemand mehr gemeldet. Jetzt geht die Zeit ins Land, und es kam noch nichts. Und ich denke auch, ich werde auch nichts bezahlen. Selbst wenn was käme.

### F: Wie wurde denn dein Interview aus der letzten Stoffwechsel aufgenommen?

♦ Von den Betreuern selbst gab es keine Regung, also von unsern Betreuern. Von Betreuern aus andern Jugendzentren mußte ich mir anhören, daß ich anmaßend wäre, daß das unverschämte wäre, was ich gesagt hab. Und wie ich sowas tun könnte. Daß das nicht stimmen würde. Von oberer Stelle kam auch kein Kommentar dazu. Ich denke, daß das auch nicht so ernst genommen wurde von denen. Sie haben es wohl gelesen, haben aber sicher gedacht, "die Zeitung ist nicht so groß, werden das Gott-sei-dank nicht lesen".

### F: Gibt es noch regelmäßig Vollversammlungen?

♦ Ja, jede Woche eine. Da fliegt dann immer die Kuh. Bei den Vollversammlungen sind die Betreuer mit dabei. Das war schon immer so. Wir versuchen, das so demokratisch wie möglich zu halten. Auch die Betreuer geben sich Mühe.

Eine Betreuerin hat aufgehört. Die hat wohl gedacht, alle Jugendlichen würden sie jetzt hassen, keiner könne sie mehr leiden. Dann hat sie gesagt, daß sie auf jeden Fall geht, weil sie keinen Sinn mehr in der Arbeit in der Försterstraße sieht, und hat das dann gemacht. Mit Rainer und Kerstin haben wir alle uns wirklich lange zusammengesetzt und haben überlegt, wie es weitergeht, und kamen dann auch auf einen Nenner. Und ich muß sagen, seither klappt das mit den beiden wunderbar.

### F: Wurde das mit einer Schlüsselgruppe gar nicht mehr diskutiert?

♦ Doch, das mit der Schlüsselgruppe wurde auch diskutiert. Es ist so, aus rechtlichen Gründen wäre das nicht zu machen. Wir haben uns soweit geeinigt, wenn etwas ist, daß wir feiern wollen oder so, dann bekommen wir einen Schlüssel für die Tür. Wir unterschreiben quasi, daß wir die Verantwortung übernehmen. Wir haben dann allerdings nur einen Raum. Wir verpflichten uns, den Schlüssel am nächsten Tag zurückzubringen, und müssen dafür sorgen, daß der Raum hinterher wieder sauber ist. Darauf haben sie sich eingelassen. Wir hätten es lieber gehabt, wenn es von den Jugendlichen gewählte Leute gegeben hätte, die immer einen Schlüssel haben. Wie es jetzt ist, ist uns allerdings lieber als gar nichts.

### F: Es gibt auch keine Überlegung, sowas in ein, zwei Jahren aufzubauen, mehr Selbstverwaltung?

♦ Dazu kann ich nur sagen, Selbstverwaltung wird es im Jugendzentrum Försterstraße niemals geben. Ich versteh die Argumente dafür, ich versteh die Argumente dagegen auch. Sie sagen, und Jugendliche sagen das auch, daß sie ganz froh sind, daß Sozialarbeiter da sind. Nur war es ja die ganze Zeit so, daß es nicht lief. Aber wenn es läuft, kann ich auch nur sagen, ist es in Ordnung. Vielleicht müßte man vom Juz abgesehen noch ein Haus schaffen, das sich selbst verwaltet. Aber da gibt es das AZ, dann gibt es das Jugendzentrum, das wird denen irgendwann zuviel. Umgerechnet auf die Leute, die da verkehren, wäre das gar nicht viel. Man muß sagen, früher haben die Jugendlichen viel drum gekämpft, daß Betreuer da sind. Für die Jüngeren ist es schon besser. Für uns Ältere ist es nicht mehr so günstig.

Wir haben dieses Interview während des Trainings der Juz-Fußballmannschaft aufgenommen. Danach haben wir kurz in die Runde gefragt, wie es den einzelnen jetzt im Juz gefällt:

"Die Kreativgruppen müssen weg, sonst ist das Juz einigermassen. Das ist Schwachsinn, diese Gruppen, dafür wird die ganze Freizeit geopfert."

"Es müßte öfter auf haben, der Wochenplan ist beschissen."

"Es ist so beschissen wie vorher, find ich. Bei jeder Sache wird dichtgemacht. Wenn ein Zivi eingestellt wird z.B. muß zugemacht werden wegen Übergabe. Das find ich nicht in Ordnung."

"Die Öffnungszeiten sind immer noch schlecht."

"Es sind viel zu viele Kinder da. Das ist ein Jugendzentrum, und kein Kinderzentrum."

"Es kann passieren, daß man Dienstags zum Juz kommt, und dann heißt es, Dienstags und Mittwochs ist zu."



Wir stellen uns vor:

## JUNGE LINKE

anwachsende, außerparlamentarische Opposition.

Seit Oktober 1992 treffen wir uns jeden Mittwoch im Autonomen Zentrum.

Wir, das sind junge Leute, die gegen die Bedrohung von Rechts und die Unterdrückung durch den Staat aktiv vorgehen wollen. Aktivität bedeutet für uns:

- Organisation von antifaschistischen und anti-imperialistischen Aktionen
- Zusammenarbeit mit anderen Aktionsgruppen
- Kulturelle Veranstaltungen wie z.B. Konzerte, Theatervorführungen, Videovorführungen, Solidaritätskundgebungen bzw. Solidaritätsfeste, Fahrten und jeden Mittwoch Essen zu sozialen Preisen (Vokü)
- Erfahrungsaustausch
- Öffentlichkeitsarbeiten
- Aufklärungsarbeit, Diskussionen
- Kontakte zu anderen Städten etc.

Wir denken, daß die Demokratie in unserem Staat nur eine Scheindemokratie ist. Wir wollen nicht zu der allgemeinen Bevölkerung gehören, die das widerspruchslos hinnimmt und sich ausnutzen läßt. Demokratie bedeutet für uns nicht Manipulation bzw. Unterdrückung durch den Staat, sondern Selbstbestimmung und Mitspracherecht.

### Wir fordern:

- politische Bürgerrechte
  - Freiheitsgarantien
  - Existenzrechte
  - und vieles mehr!
- Uneingeschränkt für Flüchtlinge, Kinder, Behinderte, Alte, Kranke, Schwule, Lesben und Gefangene. Bei uns gibt es nicht nur trockenes Politikgequatsche, sondern auch viel Fun, Partys usw.

Kommt doch einfach mal vorbei und schaut es Euch an!

Jeden Mittwoch ab 17 Uhr  
Autonomes Zentrum  
Brauerstraße 39  
Saarbrücken  
Tel. 06 81 / 3 05 21

## PREISE VON PAPPE:

EIN PAPPENSTIEL

DIE WÄSCHEBOX 169,-

135 x 50 x 40, weiß

DER HOCKER 19,-

belastbar bis 1000 kg.

PAPPSÄULE 65,-

250 cm Höhe, weiß

DAS BETT 175,-

120 - 180 x 200, braun

schwarz 195,-

PAPPBETT + FUTON

braun

120 x 200 zus. 835,-

140 x 200 zus. 899,-

160 x 200 zus. 795,- 180 x 200 zus. 860,-

SCHREIBTISCH 99,-

105 x 79 x 74, schwarz

EXCLUSIV FUTON ROOM

in 66111 Neuwislarviertel

Neuwislar / Rotenbergstr. 25

0681 37 30 00

## Stimmen aus dem Viertel

Am 8. und 9. Oktober fragten wir Passanten, wie immer in der Försterstraße / Ecke Cecilienstraße, was sie von der geplanten Rathausweiterung halten. Und als Zusatzfrage, welche Konsequenzen dieses Projekt Ihrer Meinung nach für die Lebensbedingungen der Menschen im Nauwieser Viertel haben wird.

Von allen Leuten, die wir gefragt haben, hatte mehr als die Hälfte noch nie was von diesem Projekt gehört bzw. war so gut wie gar nicht darüber informiert.

Umgekehrt war die Reaktion von denen, die sich schon damit auseinandergesetzt haben, eine grundlegende Ablehnung dieses Projektes:

**Bauschlosser, 23 Jahre:**

Was soll ich davon halten, gar nix. Mit Geld vom Steuerzahler, und sonst nix. Die Kleinen müssen immer bezahlen, und die großen Herren planen und planen immer nur, und den Kleinen wirds immer abgenommen. Und hier im Viertel gehen die kleinen Geschäfte kaputt, z.B. hier der Spar, die haben ihre Kundschaft. Wenn das Rathaus erweitert wird, da sind bestimmt auch Einkaufszentren drin. Ich denke mir, daß da schon ein Teil aus dem Viertel hingeht. Die Geschäfte sterben sowieso schon, ohne das Bauvorhaben.

**Schreinerin, 35 Jahre:**

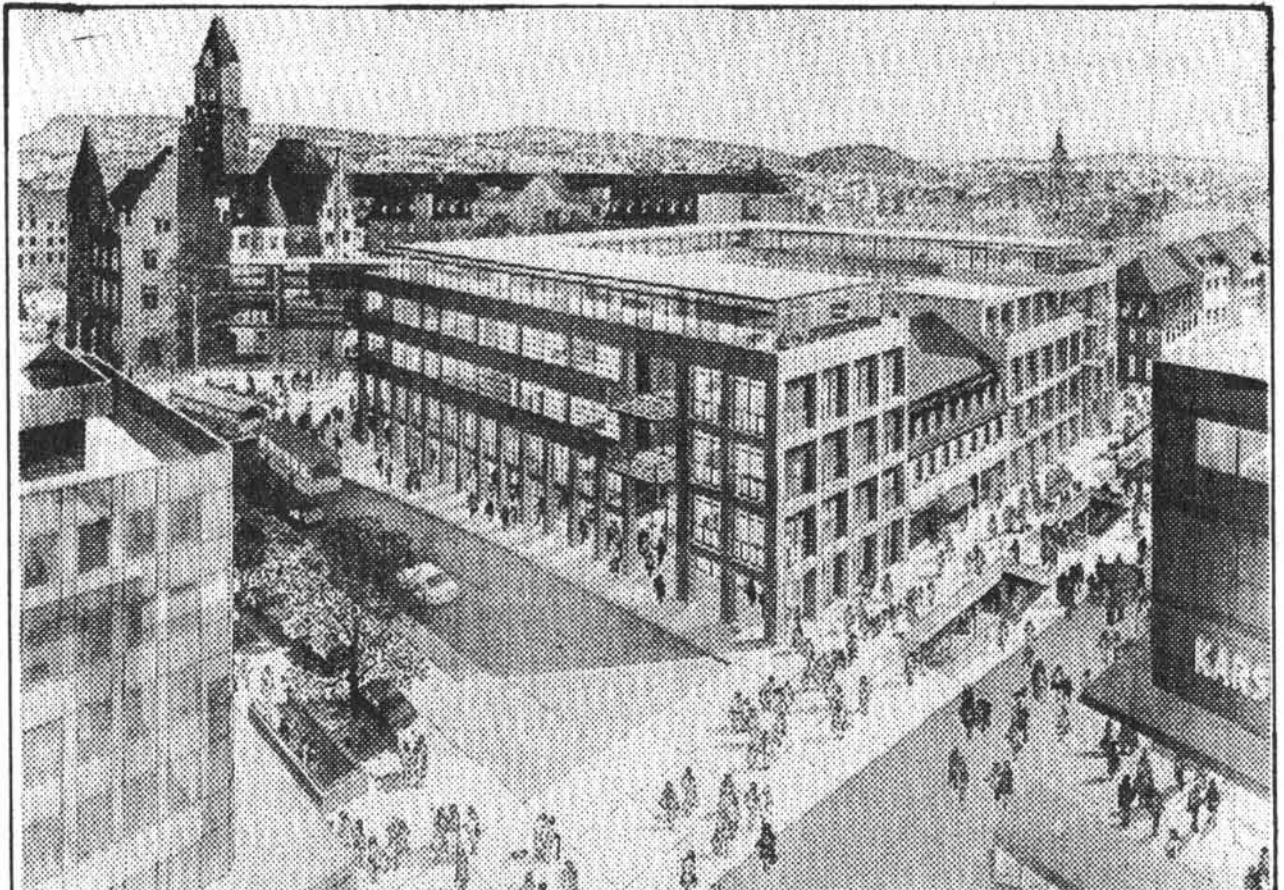
Also ich finde sie total bescheuert. Ich finde, das ist eine städtebauliche Katastrophe, denn sie paßt vom Baustil her überhaupt nicht in das vorhandene Stadtbild. Das ist sowieso schon ein einziger großer Klumbatsch. Diesem Stil bleibt man allerdings treu. Konsequenzen für das Nauwieser Viertel, das kann man sich jetzt wahrscheinlich noch nicht so recht vorstellen. Das ist noch nicht greifbar, was da auf uns zukommen wird. Ich denke, daß sich der Verkehr ändern wird, vielleicht werden auch die Wohnungen teurer. Aber darüber hab ich mir noch keine Gedanken gemacht.

**Bürokauffrau, 24 Jahre:**

Ich hab mich noch nicht so informiert. (Ihr wird ein Planungsfoto aus der Saarbrücker Zeitung gezeigt). So soll das aussehen. Ist das tatsächlich notwendig? Wo wir für sonst kein Geld haben, als für sowas. Ich weiß nicht. Ich bin mal gespannt, wie Saarbrücken in 10 Jahren aussieht. Es kann ja nur noch schlimmer werden. Ich halte nix davon, ehrlich gesagt.

**Reinemachefrau, gelehrte kaufmännische Angestellte, 52 Jahre:**

Was soll da erweitert werden? (Der ganze Komplex soll neu gebaut werden, das wird von der Deutschen Bank finanziert. Ein kleiner Teil werden Räume sein für die Stadtverwaltung, alles andere wird vermietet an Spitzengeschäfte und -gastronomie) Und für die kleinen Leute wieder nichts mehr. Also von dem Projekt halt ich gar nicht viel. Die sollen mal irgendwas für die Bevölkerung machen. Die sollen mal gucken, daß die Leute, die wirklich hier im Nauwieser Viertel sind, Wohnungen zur Verfügung gestellt bekommen, und daß sie sich um die Leute kümmern, die durch Armut in so eine Situation gekommen sind, statt solche Projekte hinzustellen. Das ist genau wie oben am Bahnhof, das ist genauso unnötig. Da kann ein normaler Mensch gar nicht einkaufen gehen, und wenn da eine Wirtschaft drin ist, da können keine normalen Leute drin essen gehen. Das können sie vergessen. Also ich kenne welche, die hier in den Anlagen liegen, an der Kirche. Die waren aus gutem Hause, und sind nur durch Arbeitslosigkeit, keine Wohnung, in so ein Milieu reingeraten. Daß man den Leuten mal hilft. Die bekommen keine Arbeit, weil sie keine feste Wohnung haben, und sie bekommen keine Sozialhilfe. Da müßte man sich drum kümmern.



Die Um- und Neugestaltung des Rathausviertels ist ein Millionenprojekt, das durch eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bank AG realisiert wird. Neben Räumlichkeiten, die die Stadt anmietet, um dort Ämter der Stadtverwaltung unterzubringen, bleibt das Erdgeschoß dem Einzelhandel (Boutiquen und andere teure Geschäfte) und der Gastronomie vorbehalten. Der Rest soll als Büroflächen vermietet werden.

Die öffentliche Diskussion über die Rathausweiterung findet bisher nur in bestimmten (Mittelklassen-) Kreisen statt. Dabei ist das Hauptaugenmerk auf die Architektur, das städtische Erscheinungsbild und den Erhalt des barocken Stengelhauses gerichtet.

Über die sozialen Konsequenzen (Veränderung der Wohnsituation in den angrenzenden Vierteln durch z.B. steigende Mieten und die soziale Ausgrenzung verarmter Bevölkerungsgruppen) findet kaum eine Auseinandersetzung statt. Am wenigsten unter den betroffenen Menschen selbst.

Auf der anderen Seite bauen die Verantwortlichen der Stadt im wahrsten Sinne des Wortes auf die Uninformiertheit und Resignation der Leute, um ein solches, nur auf Geldmacherei und Standortverbesserung hin angelegtes Projekt durchzuführen.

(Mehr über dieses und andere Projekte der Stadtentwicklung siehe STOFFWECHSEL Nr. 4, Juni 93)

**Studentin, 24 Jahre:**

Ich finde das nicht so gut. Weil ich zum einen keinen Grund dafür sehe, warum da noch ein größeres Rathaus gebaut werden soll. Das Rathaus, das wir jetzt haben, ist ausreichend. Außerdem finde ich das mit dem Stengelhaus nicht so gut, weil ich denke, daß das kleine Häuschen von den andern total erdrückt wird. Gut finde ich wenigstens, daß sie das Stengelhaus stehenlassen wollen. Für das Viertel denk ich, wenn nach und nach alles saniert wird, daß die Leute, die jetzt hier wohnen - Studenten, alte Leute, Ausländer - von hier vertrieben werden. Dann wird das hier die Verlängerung vom Markt. Das ist eigentlich schade. Aber so wird es zwangsläufig kommen.

**Sekretärin, 38 Jahre:**

Ich halte davon überhaupt nichts, weil es das ganze Viertel verschandelt, das schöne alte Rathaus. Wenn die mit den Plätzen da drumrum, vordran und hintendran, nichts anderes zu tun haben, als sie in irgendwelche Bauten umzufunktionieren, dann sollen sie es lassen. Die Lebensbedingungen im Viertel verschlechtern sich natürlich, weil man darf ja nicht vergessen, hier wohnen Leute. Wenn man denen ständig solche Klötze vor Augen, Nasen und Ohren setzt, das hebt ja auch nicht das Lebensgefühl. Ganz abgesehen davon, daß ich das nicht mag. Wir haben genug von solchem Zeugs, Bürogebäude, "Beamtenanstalten", da bin ich strikt dagegen.

**Lehrer, 37 Jahre:**

Der projektierte Rathausbau ist meiner Ansicht nach ein unerträglicher Eingriff in die städtebauliche Kultur Saarbrückens. In die Nähe des neugotischen Rathauses gehört so ein Bau nicht hin. Wir können eigentlich froh sein, daß es noch einigermaßen aussieht, wie es jetzt ist. Und dieser Eingriff mit so einem Monsterprojekt wird möglicherweise zwar einen gewissen ökonomischen Effekt haben, aber die Wohnkultur Saarbrückens ganz sicher ein erhebliches Stück weit verschlechtern. Was die direkten Folgen für die Einwohner betrifft, über die Veränderung des Stadtbildes hinaus, betrifft meines Erachtens vor allem die Veränderung der Preisstruktur des Wohnungsmarktes zuungunsten von Leuten, die auf dem Wohnungsmarkt auf das Finden billiger Wohnungen angewiesen sind. Die Stadt wird mehr und mehr eine Stadt für höhere und mittlere Angestellte, für Beamte, für Gutverdienende. Der Saarbrücker "Normalbürger" wird wahrscheinlich in schlechtere Wohngebiete aus der Innenstadt heraus verdrängt werden. Stichwort Folsterhöhe usw. Und die muß nach einigen wenigen Jahren abgerissen werden, weil sie sich als Wohnprojekt ganz sicher nicht bewährt hat, und eine wohnbauliche Unkultur Saarbrückens darstellt. Von daher muß ich meines Erachtens resümieren, das Bauprojekt ist eine kleine Katastrophe für Saarbrücken.

GETREIDEMÜHLEN  
NATÜRLICH SELBSTVERWALTET  
LEBENSMITTEL AUS KONTR. BIOLANBAU  
TÄGLICH VOLLEKORNBIROT FRISCHES MEHL UND FLOCKEN  
MAKROBIOTIK  
LINN-SCHUHE  
BEHANDELTE SY-WINDELN  
TÜRKEI-STR. 73  
SDR. 3° 00' 73  
ÖFFNUNGSZEITEN  
MO-FR. 10<sup>00</sup>-14<sup>00</sup>  
15<sup>00</sup>-18<sup>30</sup>  
SA. 9<sup>00</sup>-13<sup>00</sup>

# MUTTER ERDE

## NATURKOST

Basmati- u. Duft-Reis, Safran, orig. ind. Gewürze. Schafskäse, Oliven, Süßigkeiten u. vieles mehr.

Spez. Geräte, Döner-, Gyrus-Masch., Reiskocher, Samover, Wook...

Bekannte Adresse:

Fa. Chiri & Feri  
Am St. Johanner Markt 49  
66111 Saarbrücken  
Tel. 06 81 / 3 65 61

## Auf den Spuren deutscher Außenpolitik

### Ein Reisebericht aus Kurdistan

Vom 19. bis 26. September war ich Mitglied einer 10-köpfigen Delegation, die die Türkei und den türkisch besetzten Teil Kurdistans besuchte. Das Erlebte ist noch ziemlich präsent, Bilder und Gespräche ziehen immer wieder in meinem Innern vorbei, und wollen verdaut werden. Ich versuche im Folgenden, einen Teil meiner Wahrnehmungen und Eindrücke zu vermitteln.

Am Mittwoch dem 29.9. landen wir auf dem Flugplatz in Diyarbakir. Ein Blick aus dem Fenster der Maschine, die noch am Ausrollen ist, gibt den ersten deutlichen Hinweis auf das, was uns angekündigt wurde: Wir fahren in ein militärisch besetztes Gebiet. Lediglich Militärflugzeuge stehen auf dem Flugplatz, die Einfahrten werden von türkischen Soldaten bewacht.

Wir werden von einem Vertreter des Menschenrechtsvereins Diyarbakir (IHD) am Flughafen abgeholt, und fahren im Taxi-Konvoi zum IHD, der im 6. Stock eines Hauses im Zentrum Diyarbakirs untergebracht ist. Der Vertreter des IHD, Abdullah Koç, soll für unsere Zeit in Kurdistan unser Dolmetscher sein.

Wir sitzen im Kreis, und schon geht das Gespräch los. Eine junge Frau mit einem zweijährigen Kind ist noch im Raum. Die Mutter des Kindes sitzt im Knast, angeklagt wegen "Landesverrat". Darauf steht Tod durch Erhängen. 45 Tage lang war das Kind mit eingesperrt. Um von der Frau Aussagen zu erpressen, drohte man ihr, ihrem Kind den linken Arm abzuschneiden. Um die Entschlossenheit dazu zu beweisen, wurden ihm Schnitte am linken Unterarm und an der linken Schulter zugefügt. Von Zeit zu Zeit fliegt ein Militärhubschrauber über die Stadt hinweg. Er taucht irgendwo hinter den Häusern auf, und verschwindet am Himmel. Eine Stunde später taucht er am Himmel wieder auf, da wo er verschwunden war, und landet hinter den Häusern. Eine Fensterscheibe ist kaputt, so daß wir jedesmal lauter reden müssen.

Abdullah erzählt von den Recherchen des IHD, und daß sie nicht mehr nachkommen. In einem kurdischen Dorf wurden 14 Bauern von den Sicherheitskräften ermordet. Zu zweit sind sie hin-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung "Auf den Spuren..."

gefahren, und konnten nach langem Hin und Her die Leichen besichtigen. Nur zwei der Leichen hatten Schußverletzungen, alle andern schwere Verbrennungen. Die IHD-Vertreter wurden an Ort und Stelle festgenommen und acht Tage eingesperrt, mit verbundenen Augen auf einer Holzbank sitzend, ohne Schlaf.

Einer vom Militär drohte: Wenn Abdullah weiterhin Ausländer im Gebiet rumführt, wird ihm auch noch etwas zustoßen.

Zwischendurch klingelt immer wieder das Telefon. Eine junge Frau nimmt die Telefonate entgegen, ein paar Mal müssen wir unser Gespräch unterbrechen. Wir erfahren den Inhalt von zwei Anrufen: In Istanbul wurde die Wohnung des Bruders von Abdullah durchsucht, er wurde nicht angetroffen. Jetzt kann es sein, daß sich die Sicherheitskräfte an andere Familienmitglieder halten.

Um 12.00 Uhr wurde vor einer Moschee in Diyarbakir ein Losverkäufer erschossen. Wir fragen warum: Seine Schwester ist bei der Guerilla.

### ...Die türkische Verwaltung investiert keinen Pfennig mehr in zivile Infrastruktur...

Am Tag zuvor war mittags ein Lehrer auf dem Schulhof - inmitten seiner Schüler - erschossen worden: Er war in der Lehrgewerkschaft organisiert. Die Lehrgewerkschaft setzt sich für eine Reform des Bildungswesens ein, gegen die Benachteiligung kurdischer Kinder, gegen den autoritären türkisch-nationalistischen Unterrichtsstil.

Wir werden in einem Hotel 50 Meter vom IHD entfernt untergebracht. Wir haben Glück: In den Leitungen ist Wasser, und wir können uns Staub und Schweiß abwaschen, und uns frisch-machen. In einem der wasserreichsten Gebiete der Erde ist dies keine Selbstverständlichkeit. Die Leitungen sind kaputt, Abwasser vermischt sich zum Teil mit Leitungswasser, die Versorgung bricht von Zeit zu Zeit zusammen. Ein Mitglied der Gesundheitsgewerkschaft erzählt uns einen Tag später, daß viele Kinder deshalb an Infektionskrankheiten leiden, und daß schon einige Kinder an Durchfall gestorben sind. Die türkische Verwaltung investiert keinen Pfennig mehr in zivile Infrastruktur. Die Krankenhäuser sind den Angehörigen der türkischen Sicherheitskräfte vorbehalten, einige Schulgebäude sind jetzt Soldaten-Unterkünfte.

Immer mehr Dörfer werden zwangsgeräumt, die Häuser zerstört, die Menschen in die Städte getrieben. Die Bevölkerung Diyarbakirs ist innerhalb der letzten vier Jahre von 250.000 auf über eine Million angewachsen. Mehr als die Hälfte sind arbeitslos. Auf den Straßen versuchen Händler Obst, Gemüse, Backwaren, Uhren, Feuerzeuge... zu verkaufen. Jeder zweite bis dritte PKW ist ein Taxi. Überall Kinder und Jugendliche, die Lasten tragen, auf zweirädrigen Pferdefuhrwerken durch die Straßen fahren, Sesamkringel verkaufen.

Bei unserem ersten Spaziergang durch die Stadt heften sich direkt zwei Zivilpolizisten an unsere Fersen. Sie versuchen uns anzusprechen, fragen, ob wir Deutsche sind. Es ist abgemacht, daß wir sie nicht beachten, keine Antwort geben. Sie sitzen in der Hotelhalle, wenn wir abends in unsere Zimmer gehen, und sie stehen morgens vor dem Hotel, wenn wir zum Frühstück kommen. Einer hält ein Funkgerät in der Hand, ein Stück Zeitung drumrum, das mehr enthüllen als verbergen soll.

An den beiden Tagen in Diyarbakir führen wir Gespräche mit einem Redakteur der Tageszeitung "Özgür Gündem", die einzige Zeitung, die kontinuierlich über den Krieg in Kurdistan berichtet, mit verschiedenen Gewerkschaftsvertretern, mit einem Anwalt, einem aus seinem Dorf vertriebenen Bauern und einem Mitglied der Demokratiepartei DEP.

Am Freitag fahren wir nach Batman, eine Stadt östlich von Diyarbakir. Hier wurden Anfang September zwei Politiker der DEP tagsüber auf offener Straße erschossen. In einer Stadt, in der es von türkischen Sicherheitskräften wimmelt, konnten die Mörder nicht gefaßt werden. Wir beginnen unseren Aufenthalt in Batman im Gebäude der "Petrol Is", die Gewerkschaft der in der Ölförderung Beschäftigten. Investiert wird auch hier nur das was nötig ist, um das Öl aus dem Boden zu fördern. Die Weiterverarbeitung erfolgt ausschließlich im Westen der Türkei.

Am ersten Tag unternehmen wir einen Ausflug



In Batman



Auf dem Weg nach Çirnak

nach "Hasankeyf" am Tigris. Hier befinden sich in den Bergschluchten Höhlen, die ursprünglich von 300.000 Menschen bewohnt waren. Zur Zeit leben nur noch wenige Familien in den Höhlen. Wird das GAP-Projekt, ein geplantes Staudamm-System, verwirklicht, wird Hasankeyf unter der Wasseroberfläche verschwinden. Am Ortseingang werden wir von einem türkischen Militär empfangen, der uns seine Begleitung buchstäblich aufzwingt. Nach 200 Metern wissen wir weshalb: In einer Schlucht tummeln sich Soldaten mit ihren Gewehren. Wir gehen geradeaus weiter, und der Militär lotst uns etwas zu spät auf den von ihm erwünschten Weg hinauf auf einen Berg: Hinter einer Biegung steht der Panzer, den wir nicht sehen sollten.

Zurück in Batman, werden wir von Zivilen - Polizei oder Militär? - erwartet, die beauftragt sind, uns nicht aus den Augen zu lassen. Sie begleiten uns zum Hotel und später zum Abendessen. Kaum ist das Essen beendet, entsteht plötzlich Hektik. Wir sollen sofort ins Hotel zurück. Auf der Straße hören wir Schüsse. Später erzählt man uns, ein Polizeiposten sei überfallen, und zwei Polizisten verletzt worden. Wir stehen später am Abend zu viert auf dem Balkon eines Zimmers, als unten ein achträdiger Panzer vorbeifährt. Ein BTR-60, hergestellt in Deutschland.

Gegen 1.00 Uhr geh ich zu Bett. Ich denke an den Panzer, und höre wieder lautes Motorengeräusch. Als ich ans Fenster springe und hinausschaue, ist der zweite gerade vorbeigefahren. Kurz später springe ich auf, um zwei Militärlastwagen nachzuschauen, die in die gleiche Richtung fahren: Nach Osten, in die Regionen, die unter Ausnahmezustand stehen. Nach kurzer Zeit läuft es ab wie ein Reflex: Lautes Motorengeräusch weckt mich auf und läßt mich zum Fenster rennen. Gegen 4.00 Uhr kommen die Geräusche von Traktoren oder Lastwagen, auf deren Anhängern LandarbeiterInnen auf die Felder gefahren werden. Ich kann endlich noch ein paar Stunden schlafen, bevor wir uns auf den Weg in diese Gebiete im Ausnahmezustand machen.

Çirnak ist eine Stadt, etwas mehr als 160 Km südöstlich von Batman, in den Bergen gelegen. Unser Weg führt über Hasankeyf, wo wir eine halbe Stunde von Militärs aufgehalten werden.

Unsere Anwesenheit ist nicht erwünscht. Auf der Fahrt von Batman nach Çirnak, und von da zurück nach Diyarbakir werden wir 17 mal durch Militär- oder Polizeisperrungen angehalten. Tür auf, Ausweiskontrolle, kontrollierende und suchende Blicke zwischen die Sitze. Wir werden immer wieder darauf hingewiesen, daß Fotografieren verboten ist, besonders wenn die Sperrungen sich an militärischen Einrichtungen befinden. Immer wieder fallen die Bezeichnungen der Panzer, der Gewehre, Herkunft unter anderem: Deutschland. Hat man auf der Strecke nach Batman noch versucht, die militärische Präsenz vor uns zu verbergen, ist dies auf unserem Weg nach Çirnak nicht mehr möglich. Wir fahren an verlassenem Dörfern vorbei, die Häuser sind zum Teil zerstört. Bei den an der Straße gelegenen Häusern sieht man die Spuren von Einschüssen. Wir befahren Straßenabschnitte, die sich im Ausbau befinden. Eine bis zu 10 Meter breite Fahrbahn wird in die Berge gewalzt. Für die Militärfahrzeuge, wird uns gesagt. Und dies ist glaubwürdig angesichts der ansonsten nicht vorhandenen bzw. zerstörten Infrastruktur für die kurdische Bevölkerung.

### ...Der türkische Staat verheizt seine Jugend...

Die Straße nach Çirnak führt an einer Stelle durch ein enges Tal, das von Militär abgesperrt ist. Zwei Stunden dauert es, bis wir weiter können. Drei PKW ohne Kennzeichen passieren in dieser Zeit die Stelle Richtung Çirnak - türkischer Geheimdienst. Wir werden schon seit längerem von einem PKW mit drei jungen Männern in Zivil begleitet. Zwei von ihnen halten während der Fahrt ihre Gewehre mit beiden Händen aus den offenen Fenstern. Ich blicke in die versteinerten Gesichter, seh die kalten Augen und denke, daß so die Mitglieder der Todesschwadronen aussehen könnten. In einem Häuschen am Rande sitzt ein Soldat. Wenn man ihn anschaut, weiß er vor Verlegenheit nicht mehr, wohin er seinen Blick wenden soll. Der türkische Staat verheizt seine Jugend. Es gibt mehrere Anstalten in der Türkei für Soldaten, die den Krieg nicht mehr aushalten und verrückt werden.

Fortsetzung nächste Seite



### Taverne Philoxenia

Der Geheimtip für alle, die wie in Griechenland essen, trinken, feiern wollen.

Blumenstr. 10  
(ehemals "Alte Steckdose")  
Telefon: 0681/374 241

Küche durchgehend geöffnet



Fortsetzung "Auf den Spuren..."

Am Ortseingang von Çirnak werden wir wieder erwartet: Wir dürfen nicht durch die Stadt fahren, absolutes Fotografierverbot. Alle Häuser - außer Behördengebäude - sind zerschossen. Viele Geschäfte sind geschlossen, Schafe und Rinder wühlen im Abfall am Straßenrand nach Futter. Viele Menschen haben die Stadt bereits verlassen, trotzdem sieht man noch Frauen, Kinder, alte Menschen. Während mit den Militärs über unsere Weiterfahrt verhandelt wird, fährt ein Panzer an uns vorbei. Vom Berg herunter kommt ein Militärfahrzeug mit offener Ladefläche, auf der mehrere Soldaten mit Gewehren im Anschlag stehen. Das Fahrzeug biegt 100 Meter vor uns nach rechts ab, und dreht weiter seine Runden durch die Stadt. Solche Bilder kannte ich bisher aus Fernsehberichten über die besetzten palästinensischen Gebiete. Wir dürfen unter militärischer Begleitung durch wenige Straßen fahren. Einer der Verantwortlichen fährt in unserem Bus mit und erzählt, daß ab 18.00 Uhr die Menschen zu ihrem eigenen Schutz in ihren Häusern bleiben müßten, weil dann die Guerilla käme. Und sie, die Militärs, wären zum Schutz der Menschen hier. Über das ganze Ausnahmegebiet ist ab 18.00 Uhr eine Ausgangssperre verhängt. Wir müssen uns langsam auf den Rückweg machen.

An der Grenze zu Syrien entlang geht es Richtung Diyarbakir. Je später und dunkler es wird, desto nervöser werden die Soldaten und Polizisten, die uns unterwegs kontrollieren. An unserem letzten Tag in Diyarbakir erfahren wir, daß in der Zwischenzeit wieder vier Menschen auf offener Straße erschossen wurden: Gewerkschaftsmitglieder. Ein Junge, der die Tageszeitung "Özgür Gündem" verteilte, wurde mit einem Messer angegriffen und verletzt.

... "7.000 Guerilla-KämpferInnen sind in den Bergen" ...

Mittlerweile ist eine weitere Delegation des Arbeitskreises Asyl in Diyarbakir eingetroffen. Zuhause erfahre ich dann, daß die Delegationsmitglieder in Çirnak zwei Tage lang festgenommen waren, und ihre Dolmetscherin, Nülifer Koç, verschleppt wurde. Nülifer lebt seit 20 Jahren in Bremen. Für ihre Freilassung setzten sich verschiedene Personen und Institutionen hier ein. So der Bürgermeister der Stadt Bremen, der AStA Bremen (Nülifer ist die ehemalige Vorsitzende des AStA und jetzige Sozialreferentin der Universität Bremen), und Studentenvertretungen anderer Universitäten.

In einem Schreiben des AStA Gießen heißt es dazu: "...Wir wissen sehr wenig über Nülifers momentane Lage oder über Gründe für die Verhaftung. Wir wissen nur, daß sie so schnell wie möglich rausgeholt werden muß, da in Kurdistan Ausnahmezustand herrscht, Militär und Polizei absolute Macht haben und wir auf jeden Fall davon ausgehen müssen, daß Nülifer gefoltert wird...". Nach ca. zwei Wochen wurde Nülifer freigelassen. Die Befürchtungen des AStA bestätigten sich: Sie wurde in der Zeit ihrer Gefangennahme gefoltert.

In den letzten Jahren erhielt die Türkei aus Deutschland unter anderem:

48 "Phantom"-Aufklärungsflugzeuge, 18.000 Granaten M483, ein Massenvernichtungsmittel. Zahlreiche BTR-60 Panzer aus ehemaligen NVA-Beständen, 150 Kampfpanzer Leo 1, MILAN-Abschußanlagen und -Flugkörper, Munition für Flugzeuge, Panzer und Artilleriegeschosse.



"7.000 Guerilla-KämpferInnen sind in den Bergen", sagt einer unserer Begleiter auf dem Weg nach Çirnak, und zeigt auf die Berge vor uns. Ich wünsche Ihnen viel Glück. Auch allen Andern, die versuchen, mit legalen politischen Organisationen demokratische Verhältnisse zu erobern. Und uns hier wünsche ich mehr Mut und Erfolg in unserem Kampf gegen die Kriegspolitik unserer Regierung.

Ursel Fotos: Roland Röder

<sup>1</sup> Die DEP wurde am 5. Juli 1993 gegründet. Sie ist zur Zeit mit 17 Abgeordneten im türkischen Nationalparlament vertreten. Als wichtigstes Ziel formuliert sie die politische Lösung des Kurden-Problems. Dieser Konflikt bestimmt alle Bereiche in der Türkei und in Kurdistan, so daß ohne seine Lösung keinerlei gesellschaftliche und soziale Weiterentwicklung und Verbesserung möglich sein wird.



3. Oktober - Protest wider Vereinigung

Am 3. Oktober versammelten sich die Vertreter der herrschenden Klasse in Saarbrücken, um hier im auserlesenen Kreis zu feiern, daß sie sich vor drei Jahren die DDR unter den Nagel gerissen haben. Sie behaupten, "die Deutschen haben die Wiedervereinigung gewollt".

Damit sich überhaupt jemand dafür interessiert, wurde eine große Show inszeniert. Nachdem "das Volk" vorher nicht nach seinem Willen gefragt worden ist, soll es wenigstens im Nachhinein noch für einen Anschein an Zustimmung zur herrschenden Politik herhalten. Da klar ist, daß diese Zustimmung nicht wirklich existiert, wurde vorgebaut: In den Medien wurde jeder Protest gegen diese Feier als gefährliches Chaotikum diffamiert; der größte Polizeieinsatz, den es je im Saarland gab, wurde vorbereitet; die Bosse der IG-Bergbau sagten sogar die schon geplante Kundgebung für die berechtigten Interessen der Bergleute an diesen Tag ab.

Trotz alledem war es ihnen nicht möglich, die Stimmen des Protestes gegen die Politik des wiedervereinigten Deutschlands an diesem Wochenende zum Schweigen zu bringen. Schon Samstags versammelten sich über 300 Leute am Max-Ophüls-Platz zu einer Demonstration. "Für uns Krieg und Elend, für Euch mehr Profit - 'neue Weltordnung', da feiern wir nicht mit". Schon dieses Motto machte deutlich, daß eine Einheit in diesem Land nicht existiert - nicht im Osten und nicht im Westen. Parolen, Redebeiträge, Lieder und Transparente gingen auf die offiziell verschwiegene Realität ein. Sie richteten sich unter anderem gegen den umfassenden Sozialabbau in den neuen und alten Bundesländern, die reaktionäre Entwicklung in der BRD, die Abschiebung von Flüchtlingen und gegen Kriegseinsätze der Bundeswehr. Die Freiheit der politischen Gefangenen wurde gefordert, und die Notwendigkeit der Selbstorganisation antifaschistischen Widerstands, internationaler Solidarität und der Abschaffung des Kapitalismus bekräftigt.

Ein Grußwort zu den Protestaktionen kam von den Kali-Kumpeln, ihren Familien und Freunden aus Bischofferode. Darin deuteten sie auch an, wie sie sich eine Veränderung vorstellen: "Wir wollen und werden uns nicht mehr spalten lassen in Ost und West, wir lassen uns nicht entsolidarisieren. Wenn wir füreinander einstehen, bleiben wir nicht ewig Unten- oder Außenstehende."

Auf der Demonstration wurde außerdem dazu aufgerufen, am nächsten Tag auch bei den staatlichen Veranstaltungen Präsenz zu zeigen. Das geschah dann in Form von Parolen-Rufen, Pfeifen und Farbbeutel bei der Ankunft der Staatsgäste vor der Kongreßhalle, und bei einer spontanen Demonstration (Siehe folgenden Artikel).

Franz-Georg

"Eine grob ungehörige Handlung"

Am Sonntag, dem 3.10., haben etwa 60 Leute - überwiegend Jugendliche - nachmittags noch eine kleine, feine Spontandemo gegen die staatlichen Jubelfeiern veranstaltet. Weil es eben in Deutschland nichts zu bejubeln gibt.

Gegen 15.00 Uhr sind wir vom Brunnen auf dem St. Johanner Markt Richtung Mainzer Straße gezogen, haben Flugblätter verteilt und herausgerufen, was uns stinkt - übrigens völlig friedlich.

Kurz darauf tauchten Polizisten in geschlossenen Reihen auf. Sie trieben uns ohne jede Vorwarnung mit Knüppeln und Fußtritten in die Türkenstraße, kesselten uns ein, warteten eine Weile und drängten uns dann weiter Richtung Gerberstraße. Hier wurden wir auf eine Einheit des "Sondereinsatzkommandos" zgedrängt, das mit Helmen, Knüppeln, Schußwaffen und grün/schwarzen Klamotten ausgesprochen kriegerisch aussah.

Passanten und Presse, auch das ZDF, wurden aus der Türkenstraße in Richtung Markt verwiesen, zwecks Ausschluss der Öffentlichkeit.

Einer nach dem anderen, insgesamt 44 Menschen, wurden wir in Polizeitransporter verladen; die letzten nach einer Stunde Aufenthalt zwischen SEK und anderen Polizisten.

Bis zu 1 1/2 Stunden mußten wir in den engen Zellen der Transporter, zum Teil ohne Lüftung, im Hof der Polizeikaserne Mainzer Straße warten.

Einer nach dem anderen wurden wir fotografiert; teils schon in der Türkenstraße, teils in der Garage der Polizeikaserne.

Dort haben sie uns auch zum wiederholten Male durchsucht, abgetastet und uns alles weggenommen, was wir bei uns trugen. Als ich aus dem VW-Transporter in die Polizeigarage gebracht wurde, war ich erstmal schockiert: Nebeneinander standen vier Stahlcontainer, 5 1/2 x 2 1/2 m, die Türen geschlossen, jeweils ein Fenster, höchstens 1 x 1 m. Aus diesen Fenstern hingen jeweils so viele Menschen, wie irgend Platz hatten. Als ich zu 12 Frauen in eine dieser Kästen gesperrt wurde, wußte ich auch warum: Es war kaum Sauerstoff drin. Hinten waren noch zwei Stahlklappen einen winzigen Spalt weit geöffnet.

Fortsetzung nächste Seite

pyramide, försterstraße 12, saarbrücken

ES IST KEINE KUNST, DIE WELT ZU EROBERN; WENN DU KANNST, EROBRE EIN HERZ!

Sa'di von Schiras

Unter diesem Leitgedanken hat sich die PYRAMIDE das Ziel gesetzt, unterschiedlichste Kultur-, Denk- und Kunstrichtungen miteinander zu verknüpfen, in dem Bestreben, die Försterstraße 12 zu einem multikulturellen Kreativzentrum für engagierte und interessierte Mitmenschen auszubauen.

Unter einem Dach finden sich so verschiedene Richtungen wie Orientalischer Tanz, Afro-Dance, Tai Chi, Karate u.v.m. vereint, mit dem Ziel, durch Kennenlernen zunächst Verständnis und - in der Folge - vielleicht sogar Wertschätzung zu schaffen. "Fremdes" wird durch eigenes Erleben weniger fremd. Tanz, Musik, Rhythmik, sportliche und auch meditative Bewegung bieten dem Interessenten die Gelegenheit, sich selbst auf andere Art zu erfahren. Unser Ziel: Spaß an der Freude!

ES IST UNMÖGLICH, DASS EIN MENSCH DIE SONNE SCHAUT, OHNE DASS SEIN ANGESICHT HELL DAVON WIRD.

Friedrich von Bodelschwingh

BAUCHTANZ

Studio für orientalischen Tanz  
Pia Welsch Ute Wikenhäuser

Unterricht  
Auftritte  
Shows

Infos:  
Ute Tel. 06 81 / 39 93 12  
Pia Tel. 06 81 / 6 79 74



Afrikanischer Tanz  
als erdverbundene, tiefe Wurzel des Tanzes

mit:  
JOAQUINA SIQUICE  
Kostenlose Schnupperstunde!



Kontakt/Info unter:  
Tel. 0 68 61 / 26 30  
Tel. 06 81 / 39 93 12

KARATE

Karate-Do  
als traditionsreiche asiatische Kampfkunst zielt ab auf:

- \*SELBSTVERTEIDIGUNG\*
- \*PERSÖNLICHKEITSSCHULUNG\*
- \*ERHALTUNG DER GESUNDHEIT\*

1 Woche kostenloses Probetraining!

Info unter:  
Tel. 0 68 98 / 85 11 99  
Tel. 06 81 / 39 86 06  
Tel. 06 81 / 70 92 20



## Fortsetzung "3. Oktober"

Die Kästen waren innen plastik-verkleidet, sie hatten kein Licht. Bei der absichtlich schleppenden Personalienfeststellung wurden wir von Container zu Container umsortiert, bis in einer Kiste zeitweise 25 Menschen steckten. Telefonate mit Eltern oder Anwälten wurden uns zunächst völlig verweigert, obwohl jeder Festgenommene ein Recht darauf hat. Erst nach einiger Zeit konnten einige Jugendliche ihre Eltern verständigen.

Erst nach Stunden gab es Getränke, zu Essen gab es gar nichts.

Darüber, wie lange wir festgehalten werden sollten, wechselten die Angaben zwischen "1 1/2 Stunden" und "bis vier Uhr nachts". Nach dem Feststellen der Personalien begannen, ebenso schleppend, die Verhöre.

Vor den Kästen liefen Unmengen von Polizisten herum, zivil und uniformiert. Zusammen mit den verhörenden Polizisten boten sie ein Theater mit den Rollen: Väterlich/mütterlich ("Er tut mir ja so leid"), gönnerhaft ("Ich müßte Euch überhaupt nichts zu trinken geben"), regierungskritisch ("Die Kohlrede vom 3.10. war wie die Muppetshow"), drohend/anbiedernd ("Kriegst du jetzt Dresche von Deinen Alten?"), kultiviert ("Aber Herr..., wie sind denn Sie hereingeraten?"), ruppig, einschüchternd, kumpelhaft, jung-dynamisch.

Anfangs wurden uns Landfriedensbruch und Nötigung vorgeworfen.

Das war wohl so unhaltbar, daß der Vorwurf auf eine Ordnungswidrigkeit schrumpfte. Zitat: "Sie nahmen eine grob ungehörige Handlung vor, die geeignet war, die Allgemeinheit zu belästigen, indem Sie eine Veranstaltung lautstark mit Spruchlärm störten und Fußgänger behinderten."

Es blieb die glatte Lüge, wir seien 3 bis 4 Mal zum Verlassen des Platzes aufgefordert worden. Nicht ein einziges Mal wurde uns irgendetwas gesagt.

Ab 21.00 Uhr wurden die ersten Jugendlichen freigelassen und von ihren Eltern abgeholt, kurz vor 23.00 Uhr die ersten Volljährigen.

Der letzte Jugendliche war 23.45 Uhr auf freiem Fuß, der letzte Erwachsene um 24.00 Uhr.

Diese Festnahmeaktion hatte den Zweck, jeden Protest gegen die Jubelveranstaltungen zum Schweigen zu bringen. Das offizielle Saarland war wohl um ein brav regierungstreu Image besorgt. Bei der Gelegenheit sollen unbequeme, kritische Jugendliche kriminalisiert und so eingeschüchtert werden, daß ihnen das Demonstrieren vergeht.

In der Saarbrücker Zeitung vom 4.10. sind die Abläufe gänzlich falsch dargestellt: Die Demonstration sei gewalttätig gewesen (das steht nicht mal in den Ordnungswidrigkeitsbescheiden; es stimmt ja auch nicht); uns werde Landfriedensbruch vorgeworfen.

Die ganze Aktion von Polizeikessel bis zu den Stahlcontainern war Freiheitsberaubung, die Unterbringung eine schlichte Unverschämtheit.

Daß sich genug Leute in Deutschland an solche Zustände schon gewöhnt haben, daß in anderen Ländern und zu anderen Zeiten Festnahmen, Polizeiverhalten und Polizeigewalt wesentlich schlimmer sind - das macht am Falschen hier nichts richtiger.

**Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren.**

**Sämtliche Daten, die im Zusammenhang mit den Protestaktionen gesammelt wurden, müssen gelöscht werden.**

**Die Verantwortlichen für diese Polizeiaktion müssen zur Rechenschaft gezogen werden.**

Angela

### Impressum:

V.i.S.d.P.: Ursula Quack  
Redaktionsanschrift: Info-Büro, Alte Feuerwache  
Am Landwehrplatz 2, 66111 Saarbrücken  
☎ 06 81 / 39 99 90 (Anrufbeantworter)  
Auflage 2.000  
Erscheinungsweise: Zweimonatlich



"Wir haben in Saarbrücken ein europäisches Fest der Freiheit gefeiert, ein Fest, das nicht ausgrenzt, sondern einbezieht und dessen Philosophie für mehr Verständnis untereinander geworben hat."  
Reinhard Klimmt zum 3.10.93

### Termine:

#### Volxküche

Jeden Montag, 19.00 Uhr  
AZ Brauerstraße 39

#### Aktion Gelber Punkt

antirassistische Initiative im Nauwieser Viertel  
Kontakt: Blattlaus-Druckerei  
Försterstraße 22, 66111 Saarbrücken

#### Junge Linke-Treff

Schülercafé, Diskussionen, Aktionen  
Mittwochs ab 18.00 Uhr im AZ Brauerstraße 39

#### Radio "Harte Zeiten"

- Widerstand in Politik und Kultur  
im Offenen Kanal, 103,7 und 105 MHz.  
Jeden dritten Samstag im Monat zwischen 12.30 und 13.00 Uhr. Wir senden Nachrichten zu dem, was sich an Protest und Widerstand - nicht nur in Deutschland - tut.

#### Infoladen im AZ

Jeden Mittwoch, 18.00 - 20.00 Uhr  
☎ 37 43 64

## Politische Justiz gegen Antifaschisten

Zur Erinnerung:

19.9.91 Samuel Yeboah wird bei einem rassistischen Brandanschlag in Saarlouis ermordet.

12.10.91 In Saarbrücken findet eine Demonstration gegen Faschismus und Rassismus statt. Am gleichen Tag wird In St. Ingbert der bekannte Neonazi- und Skinheadtreffpunkt "Spinnrädchen" angegriffen. Auf der Autobahn bei Homburg werden 7 Leute festgenommen, denen das vorgeworfen wird.

7.9.93: Gegen vier von ihnen wird am Amtsgericht Saarbrücken der Prozeß wegen Körperverletzung und Landfriedensbruch eröffnet.

Zum Prozeß waren rund 70 Leute gekommen, um ihre Solidarität mit den dort Angeklagten zu demonstrieren. Die 4 gaben am Anfang eine Erklärung ab, die den politischen Charakter sowohl der Aktion gegen das "Spinnrädchen" als auch des Prozesses gegen sie unterstrich. Sie gingen dabei auf das Zusammenspiel faschistischer Gruppen und staatlicher Politik, auf Organisationsstrukturen von Neonazis und auf die Kriminalisierung von Antifaschisten ein.

Danach wurden die Zeugen vernommen, von denen keiner mehr die Angeklagten identifizieren konnte. Ihre Angaben gaben nichts konkretes her und teilweise widersprachen sie sich erheblich.

Einer der Zeugen - Oliver Neumüller - war Kreisvorsitzender der Jugendorganisation der NPD. Es ist bekannt, daß er Kontakte zu rechtsradikalen Gruppen hat. U. a. organisierte er Konzerte mit Skinheadbands. Er selbst ist wegen schwerer Körperverletzung verurteilt. Vor Gericht bekräftigte er seine faschistische Gesinnung.

Zwei weitere Zeugen sind Bekannte von ihm und verkehren auch in rechtsradikalen Kreisen.

Nach dem ganzen Verlauf der Verhandlung schien eine Verurteilung unmöglich. Doch damit wollte sich Staatsanwalt Zöcke - er hatte sich schon im Prozeß wegen der Hausbesetzung Nassauer Straße als politischer Strafverfolger betätigt (siehe Stoffwechsel Nr. 2) - nicht zufriedengeben. Bewandert in den Tricks der Justiz, erreichte er zunächst eine Verurteilung. Am übernächsten Tag forderte er dann eine Freiheitsstrafe zur Bewährung und Arbeitsstunden bzw. eine hohe Geldstrafe. Für den Fall, daß das Gericht dem nicht folgen sollte, stelle er weitere Beweisanträge, d.h. er will noch andere Zeugen vorladen. Damit erreichte er, daß der ganze Prozeß neu aufgerollt werden muß, ein neuer Termin steht noch nicht fest.

Gerechtigkeit ist von einem Gerichtsprozeß nicht zu erwarten und politische Menschen dürfen nicht in die Kategorien der Justiz gepreßt werden. Es ist richtig, sich gegen Faschisten zu organisieren, dabei müssen natürlich alle geeigneten Mittel genutzt werden und dazu gehört auch, dafür zu sorgen, daß sie sich nicht in Ruhe treffen können. Der Angriff auf das "Spinnrädchen" und andere antifaschistische Aktionen lassen 2 Möglichkeiten, sich dazu zu stellen: einerseits die Kriminalisierung, wie es Polizei und Justiz tun, andererseits die Solidarität und das eigene Engagement. In diesem Fall kann das schon sein, eine größere Öffentlichkeit herzustellen, den nächsten Prozeß zu beobachten, das eigene Mißtrauen gegen Staatsapparate zu schärfen, mit antifaschistischen Gruppen in Verbindung zu treten,...

Spenden für Prozeßkosten auf Konto 100 895 630, BIZ 540 520 20 Kreissparkasse Kaiserslautern

